



Ausschuss für Kommunalpolitik

54. Sitzung (öffentlich)

31. März 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Antrag der Bürgervereinigung für die Wiederherstellung der Selbstständigkeit der Stadt Hohenlimburg e. V. auf Rückgemeindung der ehemals selbstständigen Stadt Hohenlimburg 1

– Anhörung der Bürgervereinigung und der Stadt Hagen

Einführung..... 1

• Vorsitzender Jürgen Thulke 1

Statements..... 2

• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung) 2

• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen)..... 8

• Annekatriin Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):..... 9

• Thomas Grothe, Technischer Beigeordneter (Stadt Hagen)..... 14

1. Frage- und Antwortrunde	15
• Heinz Wirtz (SPD).....	15
• Ewald Groth (GRÜNE).....	15
• Franz-Josef Britz (CDU).....	15
• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen).....	15
• Annekatriin Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):.....	16
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung)	17
2. Frage- und Antwortrunde	18
• Manfred Palmen (CDU)	18
• Marianne Thomann-Stahl (FDP).....	18
• Ewald Groth (GRÜNE).....	19
• Heinz Wirtz (SPD).....	19
• Ralf Jäger (SPD).....	19
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung)	20
• Annekatriin Grehling, Stadtkämmerin (Stadt Hagen):.....	20
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung)	21
3. Frage- und Antwortrunde	22
• Vorsitzender Jürgen Thulke	22
• Ursula Bolte (SPD)	22
• Karl-Josef Ludwig, 1. Beigeordneter (Stadt Hagen).....	22
• Frank Schmidt, Vorsitzender (Bürgervereinigung)	23
Schlusswort.....	23
• Vorsitzender Jürgen Thulke	23
2 Gesetz zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz).....	25
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4986 Zuschriften 13/3805, 13/3840 und 13/3843	
• Diskussion	25
• Ergebnis: ohne Votum	26

3	Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister	26
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4764	
	• Diskussion	26
	• Ergebnis: abgelehnt.....	27
4	Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwor- tung und die Reform der Schulaufsicht	27
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/4971	
	• Diskussion	28
	• Ergebnis: beschlossen.....	30
5	Grundsicherung	30
	– Bericht des Innenministeriums	
	• Bericht durch MR Mnich (IM)	30
	• Diskussion	31
	• Ergebnis.....	33
6	Eckpunktepapier Bürgerbegehren/Bürgerentscheid	33
	Vorlage 13/2753	33
	– Bericht des Innenministerium.....	33
	• Diskussion	33
	• Ergebnis.....	36

Ewald Groth (GRÜNE) hält den Antrag der FDP-Fraktion nicht für zielführend. Im Bundesrat sei von den B-Ländern die Bundesratsinitiative von NRW gestoppt worden. Wenn nun verlangt werde, ein bundeseinheitliches Register einzuführen, könne das nur gegen die Anstrengungen der Koalitionsfraktionen gerichtet sein, zumindest in NRW in dem Bereich etwas auf die Beine zustellen. Die Koalitionsfraktionen würden in kürzester Zeit einen eigenen Entwurf bezüglich Antikorruption vorlegen, um zumindest für NRW zu präventiven Maßnahmen zu kommen, die Korruption verhindern. Offensichtlich wolle die FDP mit ihrem Antrag die Bemühungen in NRW behindern, um sich schützend vor die zu stellen, die keine weiße Weste hätten.

Wolfgang Schmitz (CDU) trägt vor, wie im Rechtsausschuss lehne die CDU auch im AKo den FDP-Antrag ab, weil man einen eigenen, nicht mit dem Antrag der FDP verträglichen Gesetzentwurf zu dem Thema eingebracht habe. Des Weiteren sei man ebenfalls der Auffassung, dass der Antrag der FDP nicht greifen und keine Wirkung zeigen werde, wenn die Eintragung in ein solches Register erst nach rechtskräftiger Entscheidung erfolge.

Heinz Wirtz (SPD) erklärt, er schließe sich den Ausführungen des Herrn Groth fast vollinhaltlich an.

StS Krings (IM) erinnert daran, dass die Landesregierung im Februar 2002 einen entsprechenden Antrag auf ein bundesweites Antikorruptionsregister im Bundesrat eingebracht habe, das von den Oppositionsparteien blockiert worden sei. Die Landesregierung habe nicht Absicht, einen erneuten Vorstoß zu unternehmen, da keinerlei Aussicht auf eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse bestehe.

Hinsichtlich der Schwelle, wann man ein Unternehmen in einem Antikorruptionsregister aufnehmen, rate die Landesregierung davon ab, die rechtskräftige Verurteilung als Grundlage zu nehmen, da die Absicht dann ins Leere laufe. Stattdessen rege er an, die Schwelle an der Stelle zu setzen, wenn ein begründeter Verdacht bestehe.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4764 mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP ab.

4 Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/4971

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der Koalitionsantrag sei vom Plenum am 12. Februar federführend an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie zur Mitberatung an den AKo überwiesen worden.

Ursula Bolte (SPD) schickt voraus, der Ausschuss für Kommunalpolitik werde sich in dem Antrag mit der Forderung an die Landesregierung, ein Konzept der Reform der Schulaufsicht auf der Grundlage der dargelegten Eckpunkte zu entwickeln, einen Zeitplan zur Umsetzung vorzulegen und ersten organisatorische Schritte einzuleiten, zu befassen haben. An der Stelle sollte sich der Ausschuss in Erinnerung rufen, dass Land und Kommunen nach entsprechenden Verfassungsgrundsätzen gemeinsame Verantwortung für die Schulen hätten. Das sollte dann auch bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen oder entsprechender Konzepte durch die Landesregierung zu beachten sein. Staatliche Verantwortung könne nicht komplett an Kommunen und Schulen delegiert werden. Umgekehrt mache es Sinn, wenn Kommunen ein höheres Maß an eigener Verantwortung hätten; entsprechende Versuche in Herford und Leverkusen seien sehr erfolgreich gelaufen.

Franz-Josef Britz (CDU) unterstützt das Argument von Frau Bolte, dass es im Bereich Schule nur gemeinsam zwischen Land und Kommunen gehe und die Zuständigkeiten und Interessenlage zu berücksichtigen seien.

Im Übrigen verweise er auf das, was der Kollege Reul bei den Beratungen im Plenum vorgetragen habe.

Er habe Probleme damit, wenn, wie im Antrag gefordert, erste Reformschritte für die Schulaufsicht, die dann noch schulformübergreifend sein solle, angedacht seien, bevor man sich über den Weitergang der so genannten mittleren Ebene der Verwaltung im Klaren sei.

Aus diesem Blickwinkel heraus wäre es sinnvoller, wenn beides in gleichen Schritten vor sich ginge, also auch nach Möglichkeit in einem Zeitraum, in dem beides miteinander vereinbar sei.

Sollte es bei den Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden zu einer Übereinstimmung in den Eckpunkten kommen, müsste Reformen bei der Schulaufsicht dort eingepasst werden. Insofern scheine ihm der vorliegende Antrag zu weitgehend zu sei. Deshalb werde seine Fraktion ihn ablehnen.

Ewald Groth (GRÜNE) hält fest, die Landesregierung werde lediglich aufgefordert, ein Konzept zur Reform der Schulaufsicht vorzulegen. Dies müsse zügig geschehen; denn die Schulaufsicht, wie sie früher funktioniere habe und heute in weiten Teilen so wahrgenommen werde, sei nicht mehr das, was die Kommunen und die Schulen bräuchten. An dieser Stelle sollte ähnlich wie etwa bei der Gemeindeprüfung ein Paradigmenwechsel angestrebt werden, um bezüglich der Aufsicht als Dienstleister zu einem kooperativen dialogischen, zu einem unterstützenden Verfahren zu kommen. Dies könnte dann eine unabhängige Institution sein, die nicht so sehr Landesorganisation sei wie bislang. Auf jeden Fall sollte ein Wechsel organisiert werden, wie auch

immer dieser dann organisiert werde. Dabei sei es wichtig, dass die Organisationsform der zu leistenden Aufgabe folgen müsse, was in der gegenwärtigen Situation nicht übereinstimme. Die Schulaufsicht sei nämlich sehr obrigkeitsstaatlich organisiert; deshalb müsse man zu anderen Formen kommen und das auch nicht auf die lange Bank schieben. Seine Fraktion hoffe, dass es baldmöglichst Übertragungsmöglichkeiten aus dem Modellversuch Selbstständige Schule für die gesamte Schullandschaft in NRW geben werde.

Manfred Palmen (CDU) geht auf den im Antrag genannten zeitlichen Rahmen der Forderungen ein, für die bis Mitte 2004 ein Konzept vorzulegen sei, und noch im Jahre 2004 solle es hinsichtlich der Reform der Schulaufsicht dann zu einer Lösung kommen. Er wolle gern wissen ob angesichts der damit verbundenen Schwierigkeiten aufgrund des kommenden neuen Schulgesetzes und der Aussage des Innenministers, dass vor 2007 in maßgeblichen Dingen nichts geschehen werde, noch eine Reform in dieser Legislaturperiode durchgesetzt werden solle.

Hans Krings (SPD) antwortet, im Juli gebe es die nächste Runde der Vier-mal-vier-Gespräche. In dieser Wahlperiode wolle man sich noch auf eine Grundstruktur verständigen. Dann müsste das eingepasst werden. Das Fachressort arbeite daran, eine Struktur der Schulaufsicht bis Mitte des Jahres zu finden. Das ließe sich dann durchaus mit dem Schulgesetz zusammenfügen, wenn man sich sehr schnell auf ein Ergebnis verständigte.

Manfred Palmen (CDU) hakt nach und will konkret wissen, ob angesichts der Aussage des Innenministers, der eine Lösung nicht vor 2007 sehe, und der vom Staatssekretär heute gemachten Ausführung, eine Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode erfolgen solle.

Wenn man nämlich bei der Verwaltungsstrukturreform eine gemeinsame Plattform begründen wolle, dann sei dieser Punkt aufgrund der Auswirkungen auf die kommunale Familie für diesen Ausschuss wesentlich.

Ewald Groth (GRÜNE) entgegnet, was man heute besorgen könne, sollte man auch nicht verschieben. Genauso sei der Antrag gemeint, und deshalb werde er auch heute beraten. Umgesetzt werden müsse aufgrund des Handlungsbedarfs nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Land Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich, und das heiße möglichst in dieser Legislaturperiode.

Sodann macht der Abgeordnete darauf aufmerksam, dass es für die kommunale Seite zuvorderst wichtig wäre, dass eine klare Trennung der Finanzzuständigkeiten im Schulbereich auf beiden Ebenen, Kommune und Land, erfolge. Dieser Aspekt sollte in Angriff genommen und eine endgültige und transparente Lösung gefunden werden.

StS Krings (IM) antwortet Herrn Palmen, noch in diesem Jahr solle eine Grundstruktur bezüglich der Verwaltungsreform erarbeitet sein. Da müsse sich dann das struk-

turelle Aussehen der Schulaufsicht als wesentlicher Teil der öffentlichen Verwaltung irgendwo einfügen. Die konkrete Umsetzung dauere sicherlich länger.

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

5 Grundsicherung

– Bericht des Innenministeriums

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der mit der Einladung E 13/1696 neu aufgenommene Tagesordnungspunkt gehe zurück auf einen entsprechenden Wunsch der CDU-Fraktion. Es gehe insbesondere um die im Kommunalfinanzbericht des Innenministeriums vom Januar 2004 – Vorlage 13/2686 – gemachten Aussagen zu den Kostenfolgen der Grundsicherungsleistung.

MR Mnich (IM) berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen Anfang Februar den Kommunalfinanzbericht Januar 2004 vorgelegt. Das ist ein Bericht, der auf den Daten der amtlichen vierteljährigen Kassenstatistik zum 30.09.2003 basiert, auf den Daten der ersten drei Quartale des vergangenen Jahres.

In dem Kapitel 3.2.3 – soziale Leistungen – wird über die Ausgabenentwicklung im Bereich Soziales berichtet und mitgeteilt, dass gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Zuwachs von 6,2 % festzustellen war. Als mögliche Ursachen werden dort drei Ursachen für die Kostensteigerung genannt, nämlich die Entwicklung bei den Eingliederungshilfen, bei den Hilfen zum Lebensunterhalt und auch bei den Leistungen für Grundsicherungen.

Auf Seite 24 heißt es dann, dass eine mögliche Ursache für die Kostensteigerung auch die Grundsicherung sein könnte. Das wird dort ganz vorsichtig formuliert: „Möglicherweise deutet sich an, dass die Kostenfolge für die Dauerleistung Grundsicherung unterschätzt wurde.“

Ich weise darauf hin – das mögen Sie auch aus der vorsichtigen Formulierung entnehmen –, dass uns dazu keine detaillierten Daten vorlagen, sondern es gab einzelne Hinweise aus Kommunen, dass es bei denen teurer geworden sei. Was der Bund an Erstattungen dafür zur Verfügung stelle, werde nicht ausreichen.

Dabei muss man wissen, dass die Erstattungen zu diesem Zeitpunkt aber auch noch gar nicht eingerechnet waren. Im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass es sich um Bruttoleistungen handelt, sodass zu diesem



Hohenlimburg

Stadtentwicklung seit 1975






Themen

- Der Stadtbezirk und die Stadt Hohenlimburg
- Wohnen
- Gewerbe
- Innenstadt - Sanierung
- Städtebau / Stadtbild
- Einzelprojekte
- Infrastruktur
- Investitionsmaßnahmen






Der Stadtbezirk Hohenlimburg

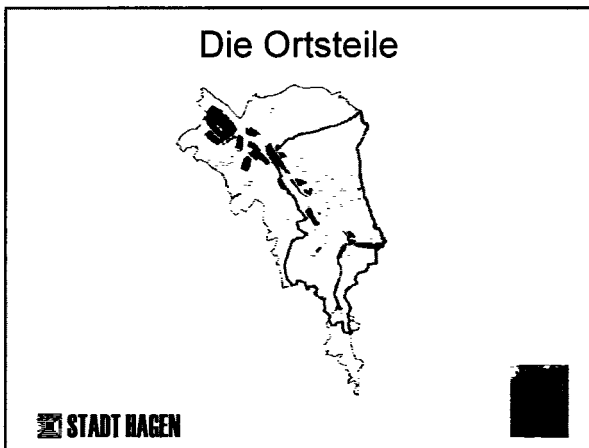
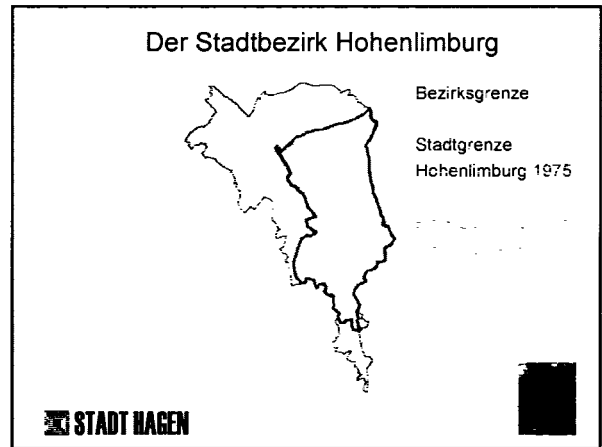
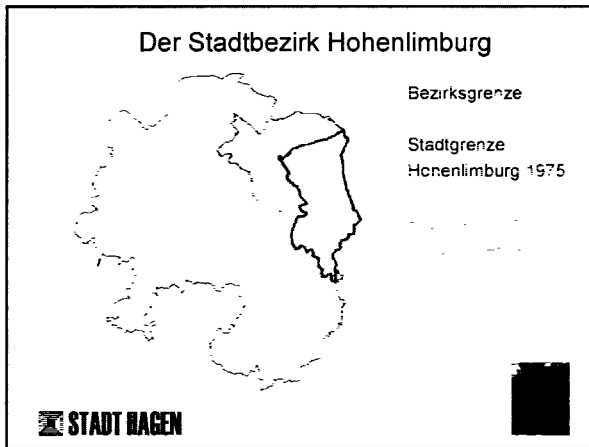
Bezirksgrenze

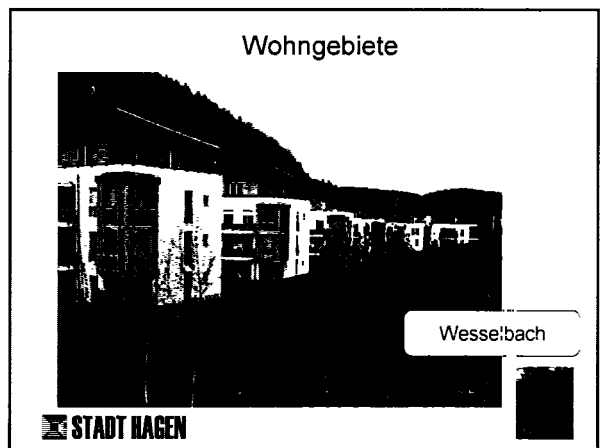
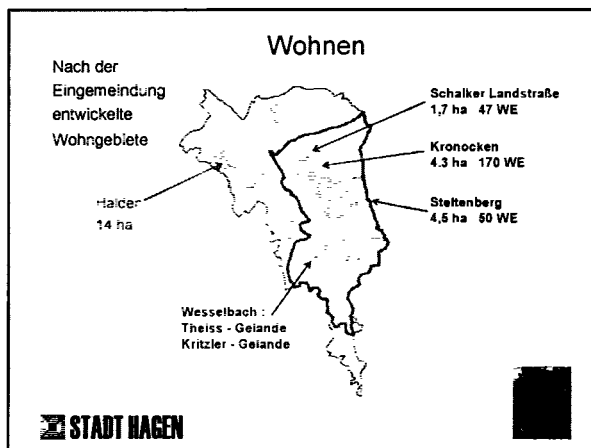
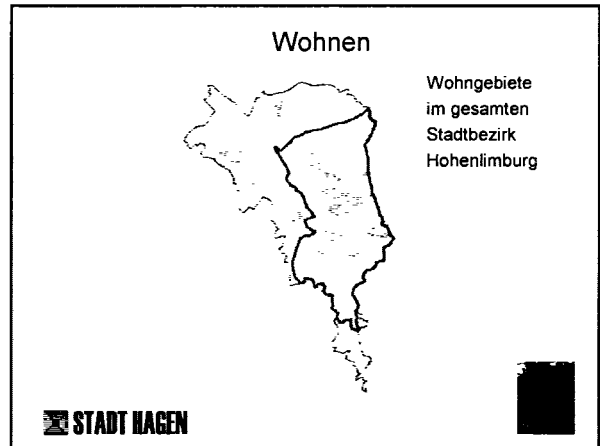
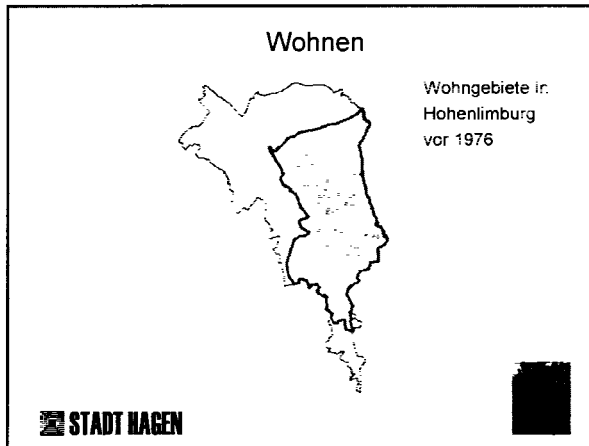


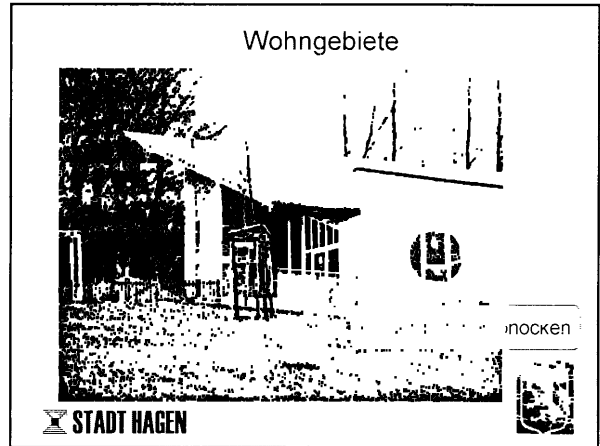
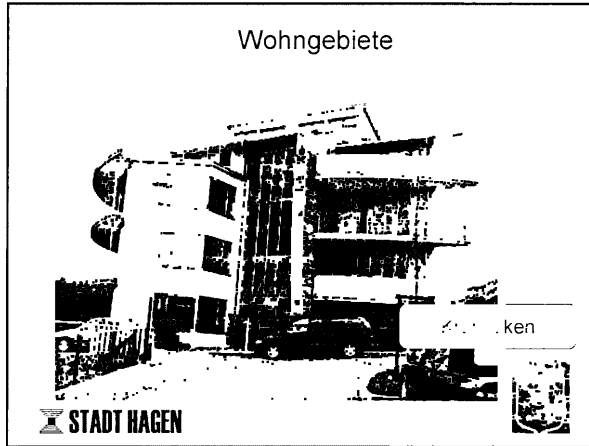
Der Stadtbezirk Hohenlimburg

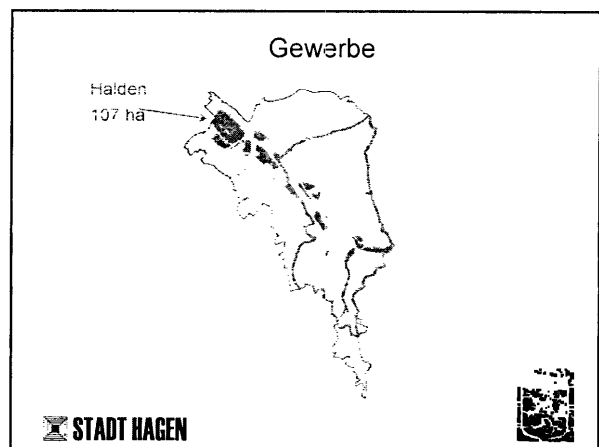
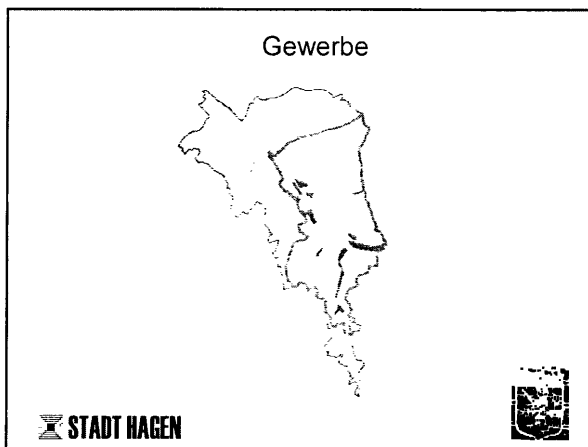
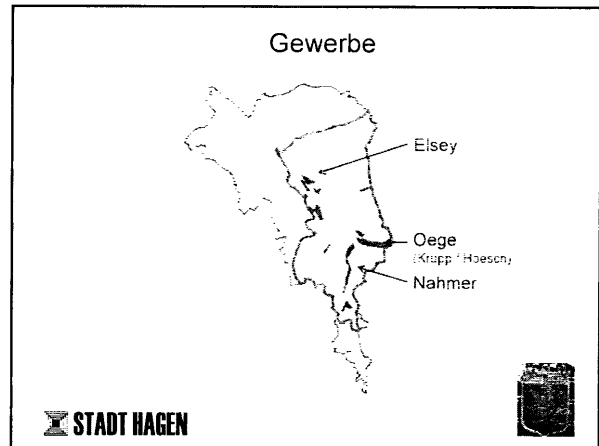
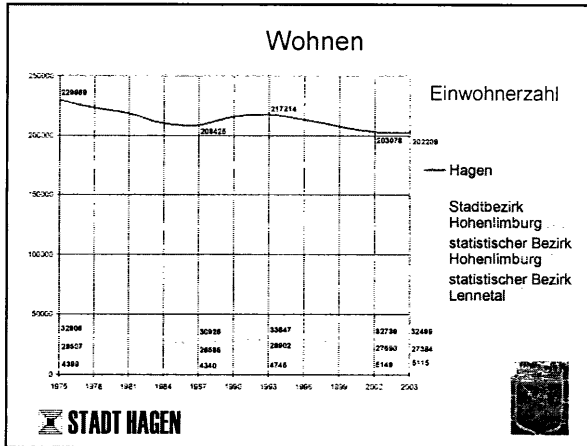
Bezirksgrenze
Stadtgrenze
Hohenlimburg 1975

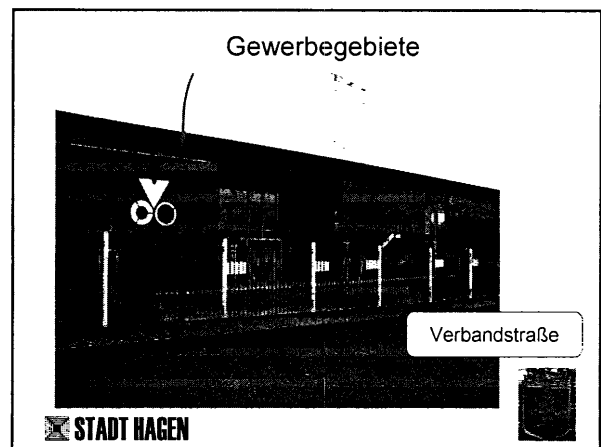
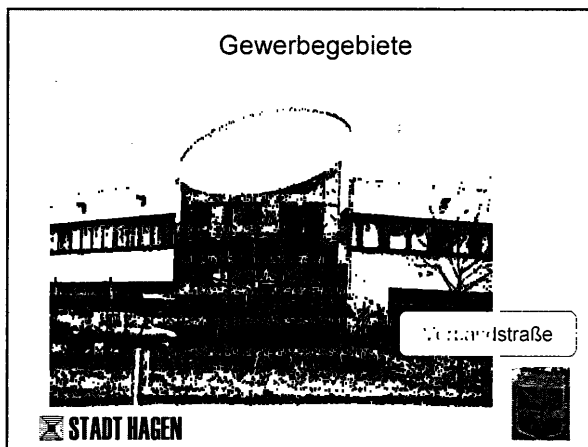
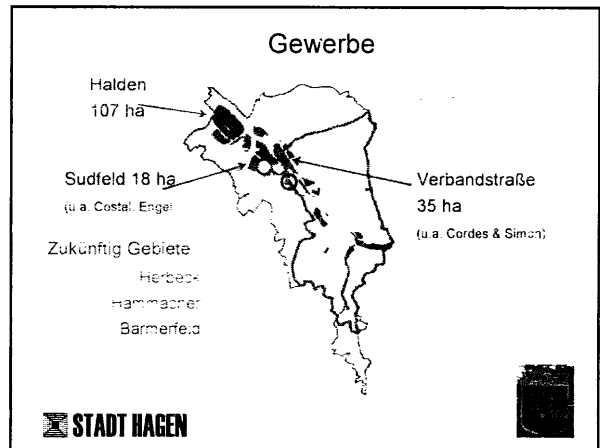
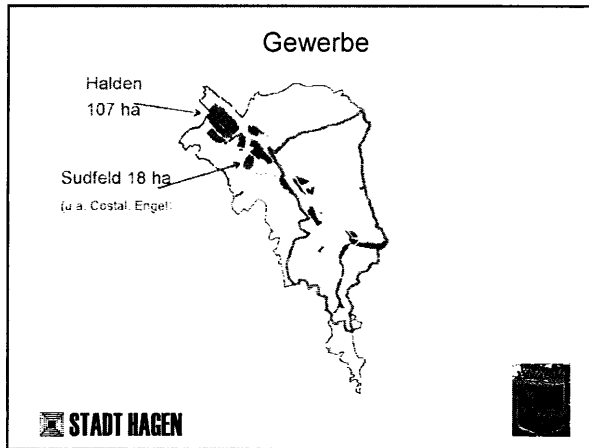


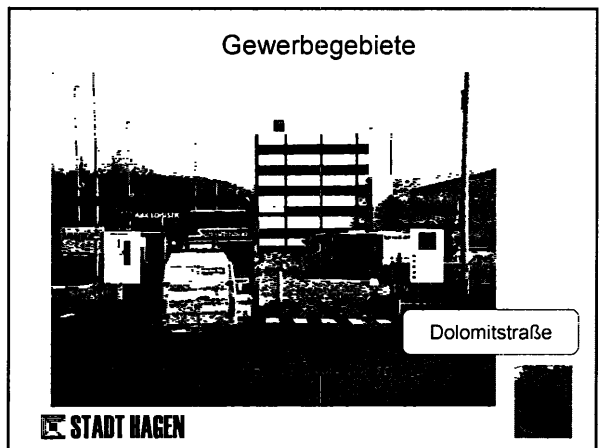
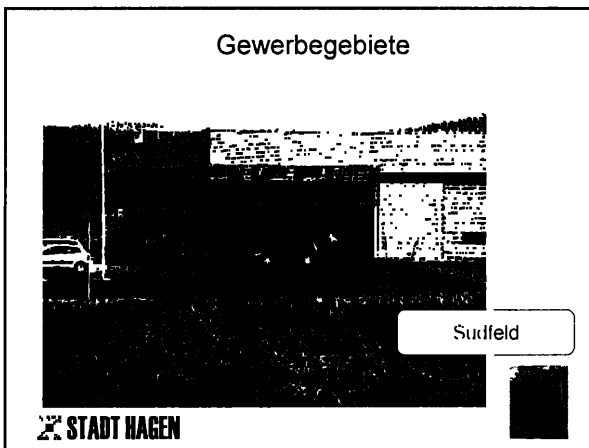












Gewerbegebiete



Röhrensprung




Innenstadt - Sanierung



Anfang der 70er Jahre wurde die Sanierung der Hohenlimburger Innenstadt beschlossen. Die entsprechenden Bebauungspläne wurden im Dezember 1974 rechtswirksam.

Auf Anregung des Regierungspräsidenten wurde die Planung überarbeitet und später durch den Bebauungsplan 1/79 abgelöst (rechtswirksam am 04.02. 82).


Damit konnten viele für das Stadtbild bedeutenden Gebäude erhalten werden. 13 zum Abriss anstehende Gebäude sind seither sogar in die Denkmalliste der Stadt Hagen aufgenommen worden. Weitere sechs, die ebenfalls abgerissen werden sollten, sind für die Eintragung vorgesehen.

Weitere durch die Neuplanung abweichende Inhalte:



- Marktplatz an der Gaußstraße statt Planstraße 3 zwischen Gaußstr. und Lohmannstraße
- Parkhaus mit zentralem Bushof am Bahnhof statt Parkhaus an der Grünrockstraße
- Verringerung der geplanten Stellplätze an der Bahnstraße zugunsten einer Begrünung zur Gleisstrasse


Innenstadt - Sanierung



Kornstraße






Städtebau / Stadtbild




Schlossbrauerei / Werkhof

städtische Eigenmittel
ca. 341.000 DM






Städtebau / Stadtbild



Platz der 7 Kurfürsten

städtische Eigenmittel
ca. 207.000 DM




Städtebau / Stadtbild





Schloß Hohenlimburg



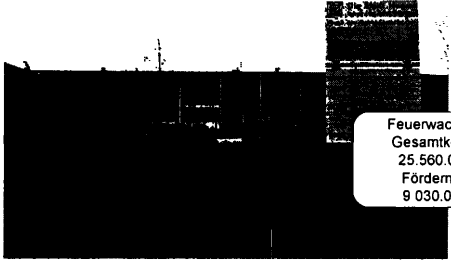
Einzelprojekte





Arcadeon



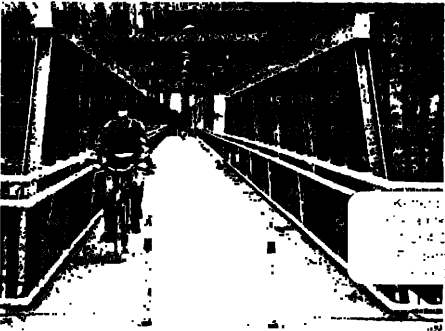
Einzelprojekte



Feuerwache Ost
Gesamtkosten:
25.560.000 €
Fördermittel
9.030.000 €



Einzelprojekte



Kanalbrücke
 Projektkosten:
 4.200 €
 Fördermittel:
 4.200 €

STADT HAGEN

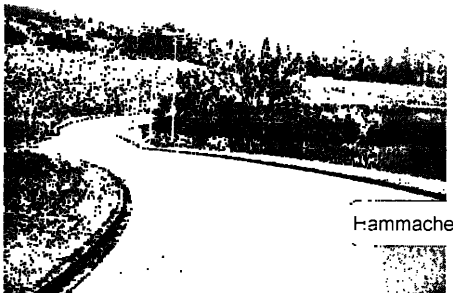
Einzelprojekte



Kanalstrecke

STADT HAGEN

Infrastruktur / Erschließung



Hammacher Straße

STADT HAGEN

Infrastruktur / Entwässerung

- Anschluss des Hohenlimburger Kanalnetzes an die Kläranlage Hagen-Fley,
- Die Sanierung des innerstädtischen Hauptsammlernetzes,
- Die Sanierung aller Regenüberläufe sowie Errichtung mehrerer Stauraumkanäle,
- Die Ertüchtigung des Hauptsammlers Oege, die erstmalige entwässerungstechnische Erschließung der Baugebiete Kronocken, Steltenberg, Wesselbach und Schälker Landstraße
- Die entwässerungstechnische Erschließung im Entwicklungsgebiet Lennetal

STADT HAGEN

Infrastruktur / Gewässer

- Verlegung und Eindeichung der Lenne in Verbindung mit dem Entwicklungsgebiet
- Bau und Umbau des Kanuslalomstrecke mit Wehranlage
- Teilweise Offenlegung des Wesselbaches
- Renaturierung Hasselbach und Reher Bach
- Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Ortslage Elsey durch den Ausbau der Kanalisation
- Beseitigung von Sohl- und Wehrschwellen im Nahmer Bach
- Entflechtung des Emsenbaches von der Kanalisation



Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen im Stadtbezirk Hohenlimburg seit der kommunalen Neuordnung 1975 bis 2004:

- Anbau Wesselbachschule
- Grundschule Im Kley
- Hauptschule Nahmer
- Gymnasium Hohenlimburg
- Anbau Oeger Schule
- Umbau Stadtbücherei Hohenlimburg
- Neubau Sportzentrum Kirchenberg
- Parkanlage B 7 Esserstraße
- Kinderspielplätze
- Ausbau von Wohnstraßen



Investitionsmaßnahmen

- Ausbau Auf dem Dreische / Im Sipp
- Ausbau Oeger Höhle
- Ortsdurchfahrt B 7
- Kanalbau Koenigsweg / Am Schellbrink
- Kippe Hohenlimburg
- Neubau Aufbau-Realschule
- Übernahme Berufsschulgebäude Hohenlimburg
- Kanalbau Sammler Möllerstraße / Elsey
- Pavillon Gymnasium Hohenlimburg
- Neuanlagen von Straßenbeleuchtung
- Ausbau Parkplatz Möllerstraße
- Kanalbau Reh I. und II. BA



Investitionsmaßnahmen

- Salzlagerdach Hohenlimburg
- Neubau Garagenhaus Hohenlimburg
- Schulsportanlage Grundschule Katernberg
- Umbau Gymnasium Hohenlimburg
- Schulzentrum Hohenlimburg
- Heimatmuseum Hohenlimburg
- Zuschuss Freibad Henkhausen
- Neuanlage von Grünflächen
- Sanierung Kettenbrücke
- Stadtsanierung Hohenlimburg
- Oberrahmerstraße
- Parkplatz Scheffelau



Investitionsmaßnahmen

- Hauptverbindungssammler Hohenlimburg
- Grundschule Im Kley - Spielgeräte -
- Grundinstandsetzung Straßen
- Stützmauer Kaiserstraße
- Neubau Pavillon Grundschule Reh
- Kindergarten Sudetenstraße
- Freibad Kirchenberg
- Stützmauer Hobräcker Weg
- Bachverrohrung Haardtstraße
- Busbahnhof Hohenlimburg
- Knotenpunkt Stennert- / Mühlenbergstraße
- Kanalerneuerung Iserlohner Straße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Sammler Nahmertal
- Umbau Verwaltungsgebäude zum StVA
- Ausbau von Klassenräumen Hauptschule Elsey
- Jugendzentrum Hohenlimburg
- Ausbau Neuer Schlossweg
- Kanalbau Hasselbach / Reher Weg
- Rundsporthalle
- Sanierung Hauptschule Elsey
- Fahrbahnübergänge
- Dacherneuerung Feuerwache Elsey
- Herrichtung der Synagoge
- Neubau Kindergarten Elsey

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Neubau Kindertagesstätte Katernberg
- Alten- und Pflegeheim Trappenweg
- Altenpflegeheim Wesselbach
- Grundinstandsetzung Ostfeldsportplatz
- Wohnumfeldverbesserung Hohenlimburg
- Schienenrückbau Kleinbahn
- Kanalslalomstrecke Hohenlimburg
- Offenlegung Holthäuser Bach
- Kanalerneuerung Oeger Straße
- Kanalbau Innenstadt Hohenlimburg
- Kanalerneuerung Elsey
- Erschließung Nahmertal

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Anbindungssammler Oege
- Kanalerneuerung Hohenlimburger Straße
- Klinkerfassade Realschule Hohenlimburg
- Ausbau Henkhäuser Straße
- Kanalbau Im Weinhof
- Kanalbau Wiesenstraße
- Kanalbau Hohenlimburger / Weißensteinstraße
- Kanalerneuerung Im Kley
- Dacherneuerung Gymnasium Hohenlimburg (Altbau)
- Pestalozzi Schule / Fenster- u. Fassadenerneuerung
- Umbau Einmündung Alter Reher Weg
- Sicherungsmaßnahmen Wilhelmstraße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Kanalbau Oeger Holz
- Kanalbau Oeger Straße 2. BA
- Kanalerneuerung Auf dem Löfvert / Bardensiepen
- Modernisierung Wohnhäuser Hasselbach
- Übergangwohnheim Am Berge
- Rasenplatz Kirchenbergstadion
- Ausbau Am Paulshof
- Erneuerung Abschnitt Wiesenstraße
- Einlaufbecken Emsenbach
- Vorplatz BV Hohenlimburg
- Sanierung Grundschule Auf der Heide
- Sanierung Gebäude Stennertstraße

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Neubau Kindertagesstätte Hohenlimburg
- Umkleide- / Schulungsgebäude
Kanu-Slalom- Strecke
- Grundinstandsetzung Freiheitsplatz
- Kanalbau Wulfeldstraße
- Kanalerneuerung Elsey 2. BA
- Modernisierung Wohnhäuser Ebenstraße
- Dach- und Fassadensanierung Hauptschule Elsey
- Wohnumfeldsanierung Hohenlimburg 2. BA
- Zentralsteuerung Hohenlimburg
- Kanalerneuerung Möllerstraße / Bardensiepen
- Regenrückhaltebecken Kronenburgplatz

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Kanalisation Baugebiet Steltenberg
- Rathaus Hohenlimburg
-behindertengerechter Aufzug-
- Grundinstandsetzung Realschule Im Kley
- Anbau Gymnasium Hohenlimburg
- Dach und Fassadensanierung Kaufmannsschule II
- Erneuerung Heizung / Elektro Pestalozzischule
- Investitionszuschuss Dachrenovierung Schloss
- Erneuerung Wehranlage der Kanu - Slalom - Strecke
- Umbau Knotenpunkt Iserlohner- / Esserstraße
- Kindergarten Jahnstraße
- ÖPNV - Beschleunigung Hohenlimburg

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

- Erneuerung der Kettenbrücke
- Energiepark Obernahrmer
- Sanierung Kanu - Slalom - Strecke
- Straßenbau Steltenberg

 **STADT HAGEN**



Investitionsmaßnahmen

Die gesamte Investitionssumme beträgt rund

106,8 Mio. €

davon rund 24,1 Mio. € allein für Kanalbaumaßnahmen

im Stadtbezirk Hohenlimburg wurden investiert:

106,8 Mio. € in 29 Jahren
oder 3,68 Mio. € jährlich
oder 0,3 Mio. € monatlich

dabei sind der Entwicklungsbereich Unteres Lennetal und
die Feuerwache Ost (~ 25,5 Mio. €) noch nicht berücksichtigt

 **STADT HAGEN**

